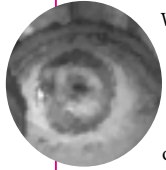


Politik



Weil Passfotos hässlich sind, ist bald auf jedem Ausweis nur noch Finger- und Augenabdruck zu sehen, leider sind sie dann fälschungssicher

Seite 4

Niederlande



Der Tod eines Rechtspopulisten führte zur Solidarisierung mit ihm, statt zur Auseinandersetzung mit seinem Programm

Seite 2

Rezension

In dem Buch *Die Generation des Undebingten* untersucht der Autor Weltbild und Gesinnung derer, die für den 1. Weltkrieg zu spät geboren wurden

Seite 3



<http://www.bo-alternativ.de>



Zusammen streiten Gemeinsam streiken!

Angesichts der drohenden Einführung von Studiengebühren und der immer dristeren Beschneidung langer erkämpfter Rechte von ArbeitnehmerInnen ist es an der Zeit, gemeinsam zu handeln. Dies sollte spätestens nach der Uni-Vollversammlung am 4. Juni Arbeitende und Studierende zusammen auf die Beine stellen.

In den vergangenen Wochen waren sie wieder einmal in der Öffentlichkeit präsent: Streikende im IG-Metall-Outfit und Gewerkschaftsfunktionäre mit ihren üblichen Forderungen im Tarifrundepoker. Einmal mehr ging es um die Anpassung der Löhne an Teuerungsraten, um Flächentarifverträge in den standortgefährdeten Metallerbezirken quer durch die Republik, um sieben Promille Lohn mehr oder weniger. „Punktueller Warnstreiks, Proteste und sonstige Arbeitskampfmaßnahmen dürfen jedoch nicht zu Rückzugsgefechten auf dem Weg in eine immer erdrückendere globale Herrschaft der Ökonomie werden“ – meint die Initiative Schulterschluss: „Wir brauchen ein

stärkeres politisches Druckpotential gemeinschaftlicher Aktionen kritisch linker Kräfte nicht nur im Gewerkschaftsspektrum.“ Ein Beispiel hierfür sind die Streiks und Proteste in Italien gegen Berlusconi Absicht, den gesetzlich garantierten Kündigungsschutz zu lockern: Ende März demonstrierten rund 2 Millionen Menschen in Rom, und Mitte April kam es dann zeitweise zum Generalstreik.

In der BRD ist es gegenwärtig die Gebührenfreiheit des Studiums, die immer mehr ins Kreuzfeuer verschiedenster politischer Kräfte von der sogenannten „Neuen Mitte“ bis zu rechtskonservativen Volksparteien gerät, denen eines gemeinsam ist: ein neoliberales Wirtschaftsprogramm. Zur Rettung des finanziell unbeschränkten Zugangs zu Bildungsangeboten bedarf es nun dringend eines solidarischen Vorgehens der kritischen Linken und insbesondere einer Kooperation zwischen den Interessensvertretungen von ArbeiterInnen und StudentInnen – „ansonsten könnte es uns so gehen wie vor vierzehnhundert Jahren: Eine anfangs euphorische Streikwelle an bundesdeutschen Unis würde an den Wellenbrechern der ignoranten Regierungspolitik zerbrechen und ins Leere laufen, da nach spätestens vier Wochen klar wäre, dass eben kein entscheidendes politisches Druckmittel vorhanden ist, wenn man in den Augen der Öffentlichkeit nur sich selbst lahmlegt statt die Produktionsmittel eines wichtigen Industriezweigs.“

Schulterschluss soll keine Utopie bleiben

„Lasst uns die Initiative an uns reißen“, lautet



Vollversammlung am 4. Juni Wer nicht handelt, wird verkauft

Die Kassen des Landes NRW sind leer. Was tun?, fragten sich die GenossInnen in Düsseldorf und kamen auf die Idee, von den Studierenden des Landes 50 Euro Verwaltungsgebühren zu kassieren. So sollte zumindest ein Teil des Haushaltsloches gefüllt werden. Doch damit nicht genug: Zusätzlich ist die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende und Senior-Studierende geplant. In den Studierendenenschaften des Landes ist die Protestwelle angelaufen.

Die Studierenden der Universitäten in Bielefeld, Wuppertal und Duisburg haben auf ihren Vollversammlungen bereits mit überwältigenden Mehrheiten für einen Streik gestimmt. Sie demonstrieren damit, was sie von dem Konzept der verdeckten Einführung von Studiengebühren halten und zeigen ihre Unzufriedenheit mit den aktuellen Beschlüssen der Regierung. Diese besagen, dass bereits ab dem nächsten Semester „Verwaltungsgebühren“ in der Höhe von 50 Euro, sowie Gebühren für Lang-

zeitstudierende und SeniorInnen eingeführt werden sollen. Ziel des Finanzministers von NRW ist es, ein 1,4 Milliarden großes Finanzloch im Haushaltsplan stopfen zu können. Durch Qualitätspakt und Zielvereinbarungen ist bei den Universitäten selber nichts mehr zu holen, also wird den Studierenden in die Tasche gegriffen. Das PolitikerInnen Versprechen nicht halten, ist nichts Neues. Zu erinnern ist hier daran, dass Rot-Grün vor der letzten Landtagswahl die Einführung von Gebühren ausdrücklich ausgeschlossen hat. Gerade deshalb sollten wir uns aktiv wehren und unsere Positionen vertreten.

Studiengebühren fördern soziale Selektion

Vom Senat der RUB ist kaum Unterstützung zu erwarten. Ein Beschlussentwurf des Rektors, der Studiengebühren per se begünstigt, wurde von selbigem glücklicherweise erst einmal zurückgenommen, abgewendet ist damit aber noch gar nichts. Denn wie ein Professor (Senatsmitglied) meinte, könnten sich Studis, die eine Handyrechnung von 50 bis 60 Euro zahlen, doch wohl auch 50 Euro Verwaltungsgebühren leisten. Selbiger beschwerte sich natürlich auch über die Langzeitstudis, die einen „permanent belästigen“ würden.

Die/der perfekte Studierende ist zukunfts-fähig, flexibel, dynamisch, zielstrebig; ein perfekter Baustein in der neoliberalen Verwertungslogik. Die Universität scheint leider nicht der von den Studierenden erwünschte Ort zu sein, an dem die Möglichkeit des Gedankenaustausches, des Entwickelns von eigenen Ideen und Vorstellungen, was bekanntlich – da individuell – nicht in einen vorgeschriebenen zeitlichen Rahmen zu pressen ist, zu sein bzw. sein zu sollen. Anstelle dessen zählt nur das Resultat: eine auf Effizienz, Produktivität und Karrierebewußtsein gedrehte Arbeits-

kraft. Individualität darf nur dann zum Vorschein treten, wenn sie dem Gesamtwohl des Betriebs dient. Freies Denken, kritisches Hinterfragen sind unerwünschte Ressourcenverschwendung.

Streik – what's that?

Den letzten Streik an der Ruhr-Uni gab es 1997/98. Damals schloss sich auch die Studierendenenschaft der RUB der bundesweiten Streikwelle an, die sich vor allem gegen die prekäre Situation an den Unis richtete. Auslöser waren überfüllte Hörsäle, schlecht ausgestattete Bibliotheken, zu wenig Lehrende, zu viele Studierende. Nun ist die Situation noch ernster. An oben erwähnter Situation änderte sich nicht viel, im Gegenteil, nun droht auch noch die Einführung von Verwaltungsgebühren, Studienkonten, Kürzungen bei den Studierendenwerken und Langzeit- und Seniorstudiengebühren.

Mit einem Streik würden die Studierenden offensiv und öffentlichkeitswirksam auf ihre Situation aufmerksam machen. Die Medien reagieren bereits, aufgerüttelt von der konkreten Bedrohung der Einführung von Studiengebühren und der sofort erfolgten Proteste von Studis.

Ein Streik bedeutet aber nicht nur das Schaffen von Öffentlichkeit, sondern bietet auch die Möglichkeit, Universität einmal anders zu erleben. Seminare über kritische Wissenschaft oder feministische Theorie könnten zum Beispiel eine interessante Alternative zu stinklangweiligen Standardveranstaltungen sein. Statt Mensaecken gibt es Volksküche, statt Veranstaltungen in

Hörsälen werden diese in U-Bahnen verlegt ...

Ein Streik ist die offensivste Methode, auf die prekäre Situation aufmerksam zu machen. Jetzt liegt es an uns, zu zeigen, dass wir nicht alles mit uns machen lassen!

Aktiv werden gegen Studiengebühren

Auch an der Ruhr-Uni ist eine Vollversammlung geplant. Am Dienstag, den 4. Juni um 14 Uhr soll in der Mensa informiert, protestiert und geplant werden. Die Vollversammlung ist das höchste beschlussfassende Gremium der Studierendenenschaft. Hier können alle mitentscheiden, wie es weiter gehen soll. Einige Fachschaften planen bereits, einen Antrag auf Streik zu stellen.

Demo am 8. Juni

Gipfeln sollen die Proteste in einer landesweiten Demo in Düsseldorf am 8. 6. Aufgerufen hierzu haben u.a. das LandesAstenTreffen NRW, verschiedene Asten in NRW und das Bündnis *Education not for sale*. Die Demo steht unter dem Motto: „Wer jetzt nicht handelt, wird verkauft!“. Es geht nicht nur darum, Studiengebühren zu verhindern, sondern auch um die Erhaltung der Studiwerke. Die Demo richtet sich gegen die Privatisierung des Bildungsbereichs und die versteckte Einführung einer Bildungssteuer in Form von Verwaltungsgebühren.

Soviel zum Stand der Dinge. Spannend werden die nächsten Wochen, in denen sich zeigen wird, wie weit sich die Proteste ausweiten und wie sich die Regierung dazu stellt.

Die Studierenden der Ruhr-Uni haben am 4.6. auf der Uni-Vollversammlung die Möglichkeit zu bestimmen, in welcher Form Proteste hier ablaufen sollen.

**Hanna Höfer
Verena Witte
Britta Schneider**

der Apell an die Studis und ArbeiterInnen, „bevor die neoliberalen Kräfte dieser Gesellschaft wieder einmal schneller sind und uns immer mehr Handlungsmöglichkeiten nehmen. Denn: sobald auch an deutschen Universitäten eine Welle der Kommerzialisierung von Bildungsdienstleistungen verstärkt einsetzt, wenn auch in der BRD Studiengebühren und Privat-Unis zur Normalität werden, wäre der Zug abgefahren – die ‚kritische Restmasse‘ der Studierenden würde über die Gebührenschiene nach und nach aus den Unis gedrängt. Dem müssen wir zuvorkommen!“ Auch gilt es, sich nicht von nur scheinbar zufriedenstellenden aktuellen Beschlüssen auf höchster Ebene irritieren zu lassen: „Die Ende April mit den Stimmen der rot-grünen Regierungsmehrheit im Bundestag

... Fortsetzung auf Seite 3

Studizeitungen
begehrt

In der Nacht vom 23.5. auf den 24.5. wurde in das Haus der Studierendenvertretung der Uni Erlangen eingebrochen. Dabei wurden mehrere tausend Exemplare der Zeitschrift „Vorsicht StuVe!“ gestohlen und die Schneidemaschine entwendet. Weiterhin wurde die Tür bei diesem Vorgang schwer beschädigt. Es entstand erheblicher Sachschaden.

Der Presseausschuss der StuVe setzte diesen Vorfall in Zusammenhang mit den vor kurzem eingeworfenen Scheiben im Nürnberger Stadtteil Loden „Schwarze Katze“ und des Erlanger Konsensbüros innerhalb eines halben Jahres.

Studiengebühren
zuerst für Deutsche

Der Vorstand des Bundesverbandes ausländischer Studierender (BAS) hat sich Ende Mai gegen Studiengebühren ausgesprochen: „StudentInnen aus dem Ausland werden von Studiengebühren teilweise noch mehr getroffen werden, als deutsche“ erklärte BAS-Geschäftsführer Johannes Glembek, und verwies auf die zu erwartende Anspannung finanzielle Situation der ausländischen StudentInnen. Des Weiteren sei eine Erhöhung der sogenannten Finanzierungsnachweise zu befürchten. Glembek erklärte abschliessend: „Die Verschärfungen durch Studiengebühren sind für ausländische StudentInnen nicht hinzunehmen. Der BAS fordert daher alle ausländischen StudentInnen auf, sich an den Protestaktionen der StudentInnen-schaften zu beteiligen.“

Der Ball dauert 90
Minuten

Während der WM in Südkorea und Japan ist Fussi bald wieder Thema Nummer 1. Das Bochumer Institut für Angewandte Kommunikationsforschung (Bifak) möchte bei der diesjährigen WM untersuchen, welche Themen im Laufe der Weltmeisterschaft entstehen, wie die Fans das Turnier verfolgen, wie sich die Stimmung entwickelt und wie sich Neigungen für bestimmte Spieler und Lieblingsteams ausbilden.

Die ForscherInnen der Bifak wollen so herausfinden, wie es z.B. kommen kann, dass ein Team wie Kamerun, mit dem niemand vorher gerechnet hat, plötzlich die Herzen aller Fussballfans erobert (so geschehen 1990) oder warum genau ein bestimmter Spieler über Nacht zum Star wird.

Für die mehrstufige Befragung werden noch Testpersonen gesucht – als kleines Dankeschön erhalten die TeilnehmerInnen später Einblick in die Ergebnisse. <http://www.bifak.de/projects/wmmonitor.htm>

Anhaltender Naziter-
ror in Dorsten

Am Samstag, den 25.05.02, informierte eine Gruppe von unabhängigen AntifaschistInnen in Dorsten die NachbarInnen von drei militanten Neonazis über deren Treiben. Während der kurzen Kundgebungen vor den Haustüren der Neonazis wurden Flugblätter verteilt und durch Sprechchöre Aufmerksamkeit erzeugt. „Die Reaktionen der AnwohnerInnen waren fast durchweg positiv“, so eine Sprecherin des Aktionsbündnis „Augen Auf“, das zu der Aktion aufgerufen hatte. Vorangegangen war dem Nazi-Outing ein Angriff von Neonazis auf antifaschistische Jugendliche am Tag zuvor. Ein mit vier Dorstener Neonazis besetztes Fahrzeug hatte am Freitag Nachmittag versucht, einen Jugendlichen zu überfahren, dieser konnte sich nur durch Ausweichen retten und trug dabei Verletzungen am Knie davon. Bei den öffentlich gemachten Neonazis handelt es sich nach Angaben der *antifajugend.dorsten* „offenbar um die Täter vom Freitag“.

Die *antifajugend.dorsten* wies darauf hin, dass Nazis in Dorsten ein anhaltendes Problem darstellen. Sie berichtete von von bis zu 20 mit Schlagwaffen ausgestatteten Nazis, angeführt mit einem Schlagstock bewaffneter Dorstener Neonazi Michael Overbeck. Dieser soll unter anderem an einem tödlichen Überfall auf einen Obdachlosen beteiligt gewesen sein.

Die *antifajugend.dorsten* geht Hinweisen auf weitere Naziübergänge in jüngster Zeit nach und äußerte ihr Unverständnis über die anhaltende „ignorante Haltung von Stadt und Behörden“. „Unsere Forderung, antifaschistische und antirassistische Inhalte öffentlich in Jugendzentren ausser zu dürfen bleibt nach wie vor ungehört“, so Andrea Schmidt von der *antifajugend.dorsten*.

Nach Pims Tod und den Wahlen:
Rechtsruck in den Niederlanden

Vielen hier ist der Name Pim Fortuyn erst seit seiner Ermordung ein Begriff. Was genau wollte der Rechtspopulist Fortuyn, warum ist seine Liste bei den Parlamentswahlen mit extrem rechten Parolen zweitstärkste Kraft geworden und wie sieht die Situation in den Niederlanden nun aus, z.B. für MigrantInnen und Linke?

Versuch einer Bestandsaufnahme unter Einfluss eines Vortrags des antifaschistischen Arbeitskreises der Gruppe DWARS aus Utrecht an der Duisburger Uni.

In die niederländische Politik trat Fortuyn im letzten Herbst ein, zuvor war der ehemalige Soziologieprofessor bekannt als Autor einer Kolumne in einem bürgerlich-rechten Blatt sowie diverser Bücher, in welchen er mit Vorliebe gegen Migration, den Islam im allgemeinen und die niederländischen Muslime im besonderen hetzte. Fortuyn war in den Siebzigern Marxist, später bei den Sozialdemokraten bevor er in die Organisation „Leeftbaar Nederland“, ein aus lokalen Bürgergruppen gebildetes eher liberales Netzwerk, eintrat. Er schaffte es in kurzer Zeit in die Führung und erwarb schnell Sympathien in der Öffentlichkeit. In einer politischen Landschaft, welche seit Jahren von einer kleinen Gruppe relativ unscheinbarer PolitikerInnen dominiert wurde, erschien Fortuyn als eine schillernde Persönlichkeit, welche mit einer bewusst einfachen Sprache Großteile der Bevölkerung für sich gewinnen konnte.

Mit seinen immer offener rassistischen Äußerungen war Fortuyn „Leeftbaar

Nederland“ jedoch bald zu rechts, nach kurzem Dissens trat er aus und gründete kurz vor den Kommunalwahlen in Rotterdam seine eigene Liste, die „List Pim Fortuyn“ (LPF). Obwohl Neuling, entwickelte sich Fortuyn schnell zu einem ernstzunehmenden Gegner für die etablierte Politik, von der er sich vor allem in Hinsicht auf seine Präsentation in der Öffentlichkeit abhob. Bei der Wahl fuhr er denn auch einen Sieg ein und galt fort an sogar als chancenreich bei den Parlamentswahlen.

„List Pim Fortuyn“

Die LPF ist nicht mit klassischen Parteien zu vergleichen, so prüfte Fortuyn die Integrität jedes zukünftigen Mitglieds, um sicherzugehen, keine internen Auseinandersetzungen führen zu müssen. Das trotzdem einige Neonazis aus der verbotenen Partei der „Centrums Demokraten“ den Weg in seine „Liste“ fanden, sagt einiges über seine politische Einstellung. Denn genau genommen ist die LPF keine Partei, den Status hat sie ebenso wenig wie ein wirkliches Programm, dieses stellen mehr oder weniger die Bücher Fortuyns dar. Darin fordert er einen Stopp der Zuwanderung, hetzt gegen Muslime und fordert mehr Polizeikräfte auf den Strassen. Nun sind Ein-Personen-Parteien, die mittels geschickter Mediendarstellung in wirtschaftlich schlechten Zeiten überraschende Wahlerfolge einfahren, nicht unbedingt etwas neues, wenn sie das mit rassistischen Parolen tun, noch viel weniger. Das Besondere am Erfolg Fortuyns ist, das er vielen NiederländerInnen vermitteln konnte, die Politik der letzten Regierungskoalition sei katastrophal gewesen, obwohl sich deren Ergebnisse – gemessen an bürgerlichen Maßstäben wie florierender Wirtschaft, geringer Arbeitslosigkeit, wenig Kriminalität und restriktiverer Asylpolitik – durchaus sehen lassen können. Die Auswirkungen des rassistischen Klimas konnten Flüchtlinge, MigrantInnen und auch niederländische Muslime die, welches der Wahlkampf geschaf-

fen hat, spüren.

Nach dem Mord

Nachdem Attentat gab es in verschiedenen Städten Demonstrationen gegen den Mord, an denen neben rechten BürgerInnen auch einige Neonazis teilnahmen, in der Öffentlichkeit wie auch in den Medien wurde den KritikerInnen Fortuyns die Schuld am dem Mord gegeben. In der Woche nach dem Mord, der letzten Woche vor den Parlamentswahlen, wurden von den SozialdemokratInnen über die niederländischen Grünen bis hin zu antifaschistischen oder antirassistischen Gruppen jede und jeder Linke(r) direkt oder indirekt verantwortlich gemacht. Linke Organisationen, welche im Vorfeld den Rassismus Fortuyns angeprangert hatten, wurden mit tausenden hasserfüllten E-Mails bombardiert, ein besetztes Haus wurde von Neonazis angegriffen. Schwerer wiegt, das Kritik an der LPF oder überhaupt an rassistischen Positionen praktisch unmöglich wurde. Eine Woche nach dem Attentat holte die LPF dann bei der Parlamentswahl die zweitmeisten Stimmen.

Zukunft

Was die zukünftige Entwicklung in den Niederlanden angeht, so denken viele, das die LPF in absehbarer Zeit wieder in der Versenkung verschwinden wird, egal ob sie nun an der Regierungskoalition beteiligt sein wird oder nicht, wenigstens dies wahrscheinlich ist. Denn die meisten Mitglieder besitzen keine politische Erfahrung und die Liste hat keine fähige Struktur.

Das Gefährliche sehen niederländische Linke denn auch nicht in einer möglichen Regierungsbeteiligung der LPF, sondern vielmehr in dem Wandel, der in der Öffentlichkeit stattgefunden hat. Rassistische Positionen sind hoffähig und das politische Klima ist rauer geworden.

jas

Atkinson über Wahlerfolge der BNP in England
Verelendung, Ghettoisierung, Nazis

Die nordwestenglischen Städte Burnley und Oldham erreichten in Deutschland im letzten Jahr Bekanntheit durch rassistische Ausschreitungen, die in den Medien als „Rassenunruhen“ bezeichnet wurden. Anfang Mai diesen Jahres gelang der zur Zeit relevantesten britischen Nazi-partei BNP dort auch erstmals, drei Mandate in einem Stadtparlament zu erringen.

Ende Mai berichtete der britische Journalist Graeme Atkinson von der antifaschistischen Fachzeitschrift *Searchlight* im Bahnhof Langendreer über die jüngste Wahlkampagne der *British National Party* (BNP) und die antifaschistischen Gegenaktivitäten.

Die Dritte Welt in England

„Oldham und Burnley sind für deutsche Verhältnisse unglaublich arm“, stellte Graeme Atkinson zunächst heraus und legte eindrucksvoll die Situation vor Ort dar: Rund 40% der Haushalte sind von staatlichen Zuwendungen abhängig, rund 42% der Kinder müssen kostenlos in der Schule verpflegt werden. Fast 30% der bewohnten Häuser gelten als unbewohnbar. Die Menschen sterben auffallend jung, Armutskrankheiten grassieren, die Kindersterblichkeit liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt und viele Kinder kommen bereits unterernährt zur Welt. Die Bevölkerung ist aufgespalten in die fast vollständig segregierten Communities der Weißen und AsiatInnen. Gemeinsam ist ihnen nur die Armut. Die lokalen Verwaltungen sind machtlos, Gesetze aus der Thatcher-Ära verunmöglichen es ihnen, zusätzliche Finanzmittel zu akquirieren.

Verelendet dank Thatcher

Die lokale Spinnereindustrie, die einst fast ein Drittel der weltweit produzierten Baumwolle verarbeitete, kollabierte vor nunmehr zwanzig Jahren durch die Verlagerung der Produktion in den fernen Osten, eine sozialstaatsliche Abfederung dieses Umbruchs wurde von der Thatcher-Regierung, Vorreiterin der Deregulierung in Europa, aus ideologischen Gründen gar nicht erst versucht. „Die Regierung hat die Menschen dort einfach abgeschrien“, so Atkinson. Inzwischen sind zwei Generationen unter den Bedingungen von Elend und Rassentren-

nung herangewachsen; selbst die Gangs frustrierter Jugendlicher sind segregiert.

Aus weißen Gangs rekrutierten ange-reiste BNP-Kader im letzten Jahr erstmals eine Basis vor Ort und mobilisierten sie zu Demonstrationen. Im Mai letzten Jahres dann fühlten sie sich stark genug für ein Pogrom gegen die asiatische Community, als anlässlich eines Fußballspiels Verstärkung in Form rassistischer Hooligans eintraf. Die RassistInnen verwüsteten die asiatischen Viertel und drangen selbst in die Häuser ein, bis die asiatischen Jugendlichen sie vertreiben. Die Polizei stieß nur noch auf die emotional aufgeheizten Jugendlichen und es kam zu den schwersten Krawallen seit Jahrzehnten. „Die Medien berichten in unverantwortlicher Weise“, so Atkinson. So griff die BBC die Behauptung der Nazis auf, es gäbe rassistische Übergriffe auf Weiße in den beiden Städten und verbreitete die Mär selbst ungeachtet der Richtigstellungen der Polizei. Die BNP konnte erste Wahlerfolge verzeichnen.

Antifas gucken, was geht

Die antifaschistisch orientierten Menschen vor Ort waren zunächst ratlos. Die islamistisch dominierte asiatische Community fiel als Verbündete ebenso aus wie die Labour-Party, die nach dem Willen Tony Blairs keine Mitgliederorganisation mehr ist. Die Gewerkschaften beschränkten sich auf finanzielle Zuwendungen. Unter schwersten Bedingungen gelang es den AntifaschistInnen, durch massives Verteilen von Flugblättern im Boulevardstil den Wahlerfolg der Nazis in Grenzen zu halten. Die Kampagne stellte die terroristischen Aktivitäten von BNP-Mitgliedern heraus und betonte die Häufung von Hooligans und Kriminellen in der Partei.

Gegen Deregulierung

Abschließend appellierte Graeme Atkinson an die Anwesenden, dem Neoliberalismus entgegenzutreten. Gerade im Ruhrgebiet sei eine ähnliche Entwicklung zu befürchten wie in Nordwestengland. Er verwies dabei auf zahlreiche PolitikerInnen und Gewerkschaftsfunktionäre aus Deutschland, die nach London reisen um sich dort die Vorzüge des Neoliberalismus zeigen zu lassen. „Die realen Auswirkungen von zwanzig Jahren Neoliberalismus bekommen sie dort nicht zu sehen“, betonte Atkinson:

„London boomt und der Rest des Landes darf verhungern. Er foderte, insbesondere Druck auf die Gewerkschaften auszuüben: „Sagt euren GewerkschaftsführerInnen, sie sollen sich Oldham ansehen, statt auf Kosten der Mitglieder in London an der Bar zu versacken.“

geka

Schulterschluss

beschlossene Änderung des Hochschulrahmengesetzes suggeriert zwar eine angebliche Gebührenfreiheit des Studiums; tatsächlich aber sichert sie die Einführung von Studiengebühren in den einzelnen Bundesländern juristisch ab: Nach dem ersten angeblich berufsqualifizierenden Abschluß, der z. T. nach nur acht Semestern erlangt werden kann, werden künftig an immer mehr deutschen Hochschulen Gebühren für sogenannte „Langzeitstudierende“ fällig werden.“

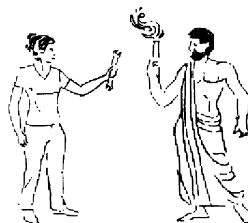
Gemeinsamer Widerstand gegen Bildungskommerzialisierung

Nachdem im Dezember nur an wenigen Unis Streiks oder größere Proteste zustande kamen, soll es im Sommersemester massivere Aktionen geben. Während des EU-Gipfels in Sevilla am 21./22.06. werden sich Studierende an massiven Protesten beteiligen. Lokale und überregionale Aktionen fügen sich ein in die europaweite Protestbewegung unter dem Motto „Education not for sale“, die sich vor allem gegen das bei der *World Trade Organization* (WTO) verankerte „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) richtet. Die Umsetzung des GATS würde fatale Konsequenzen für den Bildungssektor haben, wenn öffentliche Dienstleistungen einem globalen Kommerzialisierungszwang unterworfen

würden. Noch bis 2004 soll das GATS bei der WTO weiterverhandelt werden – dann könnte der Fall eintreten, dass neben den Bereichen Post- und Telekommunikation sowie Energie- und Wasserversorgung auch medizinische und soziale Dienste sowie der Bildungsbereich einer totalen Kommerzialisierung preisgegeben würden. Dies muss unter allen Umständen verhindert werden!

NEIN zur zynischen Uni-Politik der NRW-Regierung

Nachdem die ‚vertraulichen‘ Pläne der NRW-Landesregierung an die Öffentlichkeit gelangt sind, eine ‚Verwaltungsgebühr‘ von 50 Euro für alle Studierenden sowie eine Strafgebühr von 500 Euro für sogenannte ‚Langzeitstudierende‘ einzuführen, wird es ernst: Einen Vorgeschmack hierauf gab es bereits am 1. Mai bei lautstarken Protestaktionen gegen einen ‚Wahlkampfauftritt‘ von NRW-Ministerpräsident Clement, der im SPD-Lager bekanntlich zu den hartnäckigen Befürwortern von Studiengebühren gehört. Besonders unschön war Clements Aufforderung: „Studieren Sie erstmal ein bisschen, dann können Sie auch am Wohlstand in NRW teilhaben“ – dies kann angesichts der geplanten Gebühreneinführung und zahlreicher Fächerstreichungen an NRW-Unis nur noch als blanker Zynismus empfunden werden.



Dem will die Initiative Schulterschluss entgegengetreten: „Im Hinblick auf den universitären Bildungsbereich warnen wir vor einer weiteren Demontage der Hochschulen und vor einer Einführung von Studiengebühren. Vielmehr fordern wir kostenfreie (Weiter-)Bildungsangebote für Studierende und Arbeitende. Dies soll im Zuge gemeinsamer Streik- und Protestaktionen gemeinsam erstritten werden. Daher wollen wir – ausgehend von Aktivitäten an der Ruhr-Uni Bochum – ein regionales Netzwerk aufbauen, um einander bei künftigen Arbeitskämpfen und Hochschulstreiks solidarisch zu unterstützen. Mit Blick auf die uniweite Vollversammlung am 4. Juni (14h c.t., Mensa) fordern wir die Studis auf, nicht nur einen Streik zu beschließen, der so lange andauern muss, bis die Landesregierung ihre Gebührenpläne zurücknimmt – wir bitten auch diejenigen, die einem Streik zustimmen, diesen aktiv zu unterstützen und einen Schulterschluss mit den Anliegen anderer gesellschaftlicher Gruppen zu suchen. Lasst uns gemeinsam für die Rechte von Studierenden und ArbeitnehmerInnen streiten und gemeinsam streiken!“

Ulrich Schröder, Initiative Schulterschluss

Beamte für Volk & Rasse Generation des Unbedingten

Die Generation der 1902 und später Geborenen konnte am 1. Weltkrieg nicht mehr kämpfend teilnehmen, allenfalls noch die „Heimatfront“ unterstützen. Dadurch war sie von der Gemeinschaft der Frontkämpfer ausgeschlossen und belächelt und schuf sich eine eigene Identität, die einer jugendlichen Generation, die sich in Bündeln oder in Zeitschriften wie der *Tat* Ausdruck verschaffte, die alles Alte und Morsche einreißt und mit Wille, Streben und Kampf ein neues Reich schaffen würde. Ihre ProtagonistInnen engagierten sich zunächst in Freikörper- und separatistischen Kämpfen, später in nationalen und nationalsozialistischen Studentenvereinigungen, bildeten schließlich die Funktionsriege des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).

Diese Generation nennt Michael Wildt die „Generation des Unbedingten“; „unbedingt“ steht für konsequent, kompromisslos, entschieden, entschlossen. Im RSHA arbeiteten von 1939–45 ca. 3000 MitarbeiterInnen, davon 400 in führenden Positionen. Hervorstechend an ihnen war die „generationelle Homogenität“, die ihnen ein „spezifisches politisches Weltanschauungsprofil“ (S. 23) gab. Sie profitierten von den Bildungschancen der Weimarer Republik: Mehr als 75% hatten Abitur, mehr als zwei Drittel hatten studiert (kaum Abbrecher), etwa ein Drittel besaß einen Doktorgrad. Damit setzten sie sich von ihrer Herkunft aus dem unteren Mittelstand ab. Fast alle waren GeisteswissenschaftlerInnen, zu über zwei Dritteln JuristInnen, gefolgt von GermanistInnen, Philologen und HistorikerInnen. Auch wenn es gegen Ende der Weimarer Republik eine AkademikerInnenschwemme gab, so kamen die späteren RSHAler, als sie ihre Karriere, zumeist beim Sicherheitsdienst (SD), begannen, nicht aus der Arbeitslosigkeit. Der NS bot ihnen zweierlei, „wonach sie in all den Jahren gesucht hatten: eine berufliche Karriere, die ihrer politischen Weltanschauung entsprach und ihnen darüber hinaus bereits in jungen Jahren Aufstiegschancen eröffnete, die ihnen ansonsten kaum möglich gewesen wären“ (S. 166). Sie strebten nach ‚Höherem‘, das meint aber nicht nur nach Sicherheit und Ansehen, sondern nach Führung über die Masse, in und mit der sie das in jüngeren Jahren schon

proklamierte Dritte Reich gründen und die Richtigkeit ihrer Weltanschauung qua erfolgreicher Durchsetzung beweisen können.

Gründung des RSHA

Das RSHA wurde im September 1939 von Heinrich Himmler unter Reinhard Heydrich gegründet und richtete die bereits 1936 vollzogene Verschmelzung von Polizei und Parteiorganisation auf den 2. Weltkrieg aus. Es wurde der „theoretische wie praktische Kristallisationspunkt einer spezifisch nationalsozialistischen Polizei, die ihre Aufgabe politisch verstand, ausgerichtet auf rassische ‚Reinhaltung‘ des Volkskörpers sowie die Abwehr oder Vernichtung der völkisch definierten Gegner ...“ die Exekutive der rassistischen „Volksgemeinschaft“ (S. 282). Zu seinen acht Ämtern gehörte der SD Aus- und Inland, die Information über „weltanschauliche Gegner“, die Kripo und die Gestapo. Es war zuständig für Planung und Durchführung der umfangreichen Umsiedlungen resp. Vertreibungen der „Volkstumspolitik“ in den eroberten polnischen Gebieten, für die Ausschaltung der „jüdisch-bolschewistischen Intelligenz“, d.h. für die Massenerschießungen aller Juden durch die Einsatzgruppen in Polen und der Sowjetunion und für die „Endlösung der Judenfrage“, von Deportationen bis hin zur Massenvernichtung.

Volk & Rasse

Dass dem so war, ist nichts Neues; auch wenn Wildts ausführliche Studie das bekannte Material angenehm ordnet und strukturiert. Interessant wird seine Studie v.a. durch die Einordnung des RSHA. Ausdrücklich hebt er hervor, dass es, entgegen bisheriger Interpretation, keine bloße organisatorische Klammer, kein Verwaltungsbüro war, sondern eine „Institution neuen Typs“ (S. 410). Wildt knüpft hier an Gedanken von Ernst Fraenkel, „Der Doppelstaat“, Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ und Hans Günther Adlers „Der verwaltete Mensch“ an. Der NS bedeutete keine Usurpation, sondern eine Transformation des Staates, mit der der „Volks-wille“ über das Gesetz, das Politische über den Staat gestellt wurde. Volk & Rasse statt Staat & Gesetz waren Ordnungsprinzip, das „gesunde Volksempfinden“ die Handlungsgrundlage (S. 214). Der neue Polizeiapparat wurde aus einem normenstaatlichen Geflecht entbunden und orientierte sich fortan am „Führerwillen“ – was weder Bindungslosigkeit noch Anordnungsbindung bedeutete, sondern „daß auch ohne konkreten Befehl in einer gegebenen Situation die richtige Entscheidung gefällt werden konnte“ (S. 229). Dafür brauchte es als Mitarbeiter den „politischen Aktivist“, keine „Verwaltungsjuristen“ (S. 214), die auch „ihrem

Selbstverständnis nach keine Schreibtischtäter“ waren (S. 139), ein „soldatisches Beamtentum“ (S. 261), Heydrichs „kämpfende Verwaltung“ (S. 203), gelöst von bürokratischen und juristischen Bindungen, eine praxisnahe „mobile und flexible Organisation“ (S. 282). „Sie verbanden ihre Arbeit in der Zentrale in Berlin mit der Praxis vor Ort. Sie vollzogen den Terror nicht nur per Erlaß, sondern praktizierten ihn selbst“ (S. 358).

Kein Karriereknick nach '45

Wie sein Lehrer Ulrich Herbert in dessen Studie „Best“, so zeichnet auch Wildt den dt. Geist eines Jahrhunderts nach und verfolgt die Lebensläufe der RSHAler nach 1945. In den Nürnberger Prozessen wurden SD und Gestapo als verbrecherische Organisation definiert, aber in den Einsatzgruppen-Prozessen waren nur 10 der 23 Angeklagten RSHAler. Bald nach Kriegsende äußerten die Deutschen Unmut über die Kriegsverbrecherprozesse und 1951 wurden Todesstrafen in Zeitstrafen abgeändert, wurden Zeitstrafen drastisch reduziert. Vielen wurde über §151 GG eine Karriere in alten Stellen ermöglicht; wer beim SD gewesen war, d.h. keine Verwaltungsjuristen- oder Beamtenlaufbahn hinter sich hatte und als Ex-Gestapo wieder bei der Kripo arbeiten konnte, der gelangte auch im Ver-lags-, Bank- und Versicherungswesen leicht zu bürgerlichem Wohlstand und Ansehen. Die Mitte der 60er angestregten RSHA-Verfahren verliefen im Sande.

fake

MICHAEL WILDT. Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg: Hamburger Edition, 2002. ca. 960 Seiten. 40,- Euro



Mittwoch, 29. Mai

Agenda 21-Arbeitskreis Verkehr

19.00 Uhr, VHS, Willy-Brandt-Platz 2-6 (Raum bei PförtnerIn erfragen), Bochum

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Anti-Atom-Plenum

20.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Bochum

The final Countdown

mit Norbert Trenkle (Gruppe Krisis Nürnberg) Krisis behauptet, dass ein Punkt in der Entwicklung des Kapitalismus erreicht sei, an dem kompensierende Kompensationsbewegungen nicht mehr in Gang kommen können.
19.30 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Donnerstag, 30. Mai

„Inek“ (Die Kuh)

nach Nazim Hikmet; Theateraufführung der Jugendbühne Bochum in türkischer Sprache
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Halle (Vorverkauf EUR 6,-), Bochum

Freitag, 31.5.

Impro-Festival: 10 Jahre Hottenlot-ten (bis Sonntag, 2.6.)

Kulturhaus - Theaterhaus Thealozzi (Pestalozzi-straße), Bochum

Filmvorführung „Fotograf“ von Kazim Öz

18.30 Uhr, Kino Endstation, Bochum, danach Gespräch mit dem Regisseur

Samstag, 1. Juni

RadioBonteKoe präsentiert:

Plaas Kruuntonne, Groningen/NL
20.00 Uhr, Wageni (Wallbaumweg 137), Bochum

Nazidemo in Köln verhindern!

Am 1. Juni wollen militante Neonazis in der Innenstadt eine Demonstration durchführen, am 29./30. Juni plant der Funktionär der faschistischen „Bürgerbewegung Pro Köln“, Manfred Rouhs, an zwei Tagen hintereinander ein Konzert mit Neonazi-Musikgruppen am Kölner Heumarkt und eine Woche später, am 6. Juni, will ebenfalls Pro-Köln eine Kundgebung gegen den Christopher Street Day (CSD) abhalten.
Stopp! Die FaschistInnen – in Köln und überall! Für eine Welt ohne Rassismus, Faschismus und Ausgrenzung!
10.30 Uhr, Rudolfplatz, Köln

Sonntag, 2. Juni

Konzert

mit Kokoschka Heroine (femininer Rock) drei Neue alt (Jazz-Improvisation)
Lex Barker (laut, metallisch, präzise)
20.00 Uhr, Wageni (Wallbaumweg 137), Bochum

Montag, 3. Juni

GATS – Privatisierung von Bildung, Wasser und Gesundheit

Mona Beumers (AStA-Referentin für Friedenspolitik und Internationales)
14 Uhr, AZ neben dem Kulturcafe, Bochum

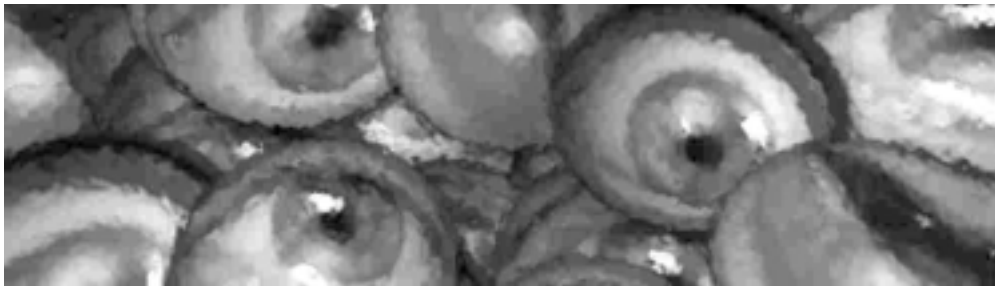
Treffen der Medizinischen Flüchtlingshilfe

20.00 Uhr, Gebäude der IFAK (Engelsburger Str. 168), Bochum

Dienstag, 4. Juni

Uni-Vollversammlung an der RUB

Strekt die RUB? Studiengabühren stehen jetzt auch in NRW unmittelbar bevor. Siehe Artikel auf Seite 1.
14 Uhr c.t., Große Mensa der RUB, Bochum



Über die Einführung biometrischer Identifikationsverfahren

Schau mir in die Augen

Die gesetzliche Grundlage ist bereits da: Am 20.12.2001 wurde das Anti-Terror-Gesetz vom Bundestag gegen die Stimmen von FDP und PDS beschlossen, mit dem unter anderem die Möglichkeit besteht, biometrische Personendaten zu erfassen und digital verschlüsselt auf Personalausweisen zu speichern. Vor allem fälschungssicherer sollen diese dadurch werden; die gesetzlich festgeschriebene Zusage, eine zentrale Kartei werde nicht erstellt, erscheint hingegen vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Debatte wenig glaubhaft. Im Ursprungsentwurf sollte über die Aufnahme biometrischer Daten in Personalausweisen direkt per Rechtsverordnung vom InnenministerInnen entschieden werden, doch der nach massiven Protesten geänderte Gesetzentwurf verlangt zunächst ein entsprechendes Bundesgesetz.

Im anstehenden Bundestagswahlkampf steht dann auch das Thema „Innere Sicherheit“ auf dem Aktionsprogramm von CDU und Regierungsparteien: Während Rot/Grün sich bei der Einführung neuer Ausweise eher zurückhaltend gibt und im Hinblick auf eine europäische Lösung lieber haltbarere wissenschaftliche Ergebnisse bezüglich der Sicherheit und Effektivität biometrischer Verfahren abwartet, drängt besonders die CDU/CSU auf eine schnelle Umstellung.

Was genau künftig auf Personaldokumenten gespeichert werden soll, ist unklar: Einig sind sich die Parteien (mit Ausnahme der PDS) mithin darin, dass allein Photo und Unterschrift nicht zur Identifikation ausreichen und wie auch immer geartete weitergehende Maßnahmen angebracht sind. Derer gibt es viele: Der digitale Fingerabdruck gilt als relativ fälschungssicher und wäre problemlos auf Ausweisen einsetzbar: Schon heute kann beispielsweise in US-Supermärkten per Fingerabdruck („SecureTouch-n-pay“) bezahlt werden. Andere ohne weiteres machbare Möglichkeiten wären die Erkennung der Handgeometrie, des Gesichts oder von Irismustern, und viele Firmen buhlen darum, wer die sicherste

und praktischste Technologie anbietet.

Alltag ...

Gesichtserkennung gehört in vielen Innenstädten längst zum Alltag: Videokameras auf Flughäfen, an Geldautomaten oder in Parkhäusern filmen das Geschehen an öffentlichen Orten, längst nicht mehr nur an „gefährlichen“ Stellen. Die aufgenommenen Personen können mit Bildern aus Karteien verglichen und bei Übereinstimmung identifiziert werden, selbst wenn sie ihr Erscheinungsbild verändern. Allerdings können unterschiedliche Lichtverhältnisse bei den Videoaufnahmen Fehler verursachen. Und bei Auswertungen hat sich gezeigt, dass der Einsatz von Kameras nur zu einer lokalen Verlagerung von Kriminalität führt. Ebenso gibt es bei anderen biometrischen Verfahren Bedenken: Wie sicher und praktikabel diese im Einzelnen sind, bleibt unstritten; viele sind noch unausgereift, so dass ein Vergleich schwer fällt.

... und Horrervision

Auch bei der Datenspeicherung gibt es neue Wege, jenseits von Papier und Plastikkarte. Kürzlich kam die Meldung von einer Familie aus den USA, die sich Chips hat implantieren lassen, auf denen wichtige Informationen für medizinische Notfälle gespeichert sind. War bis vor kurzem noch die Chipkarte, auf der eine für die InhaberInnen undurchschaubare Menge von verschlüsselten Daten gespeichert werden kann, die schlimmste Befürchtung seitens KritikerInnen, so hat die Wissenschaft inzwischen Tatsachen geschaffen, durch die Science-Fiction-Phantasien in den Alltag eingekehrt sind: Ein fingernagelgroßes Stäbchen mit dem Namen „VeriChip“ wird mit einer Spritze unter die Haut implantiert und kann alle Arten von Informationen speichern, von medizinischen Daten bis hin zum polizeilichen Führungszeugnis. Die Hersteller planen ein zweites Implantat, mit dem es möglich sein soll, jede Bewegung der Chip-TrägerInnen per Satellit zu verfolgen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Ausweisen fungieren diese Chips gleichzeitig als Sender; durch sie ließen sich Bewegungsprofile der InhaberInnen erstellen. Die Einheit von umfassender personenbezogener Datenspeicherung und permanenter, unentziehbarer Kontrolle würde so unwider-

ruftlich vollendet, der totale Überwachungsstaat lässt grüßen.

Diskriminierung

Bei der Debatte um „Innere Sicherheit“ wurde eine vermeintliche Bedrohung durch Menschen aus bestimmten Ländern konstruiert. Kein Wunder also, dass mit dem Anti-Terror-Gesetz die Weichen für eine umfangreiche biometrische Datensammlung von MigrantInnen gestellt wurden – unabhängig davon, dass viele bereits an der Grenze abgewiesen werden. Im ohnehin diskriminierenden Ausländer-Zentralregister (AZR) sollen künftig neben Bild und Unterschrift auch Fingerabdrücke sowie Gesichtsmarkale gespeichert werden können, die auch in die Dokumente der MigrantInnen eingetragen werden: Hierüber darf der Innenminister im Alleingang bestimmen. Zusätzlich sollen Sprachaufzeichnungen (Sonogramme) angefertigt werden. Bemerkenswert ist bei alledem, dass einerseits biometrische Merkmale in Personaldokumenten mit MigrantInnen als „Versuchskaninchen“ vorbereitet und getestet werden, andererseits diese im Gegensatz zu deutschen StaatsbürgerInnen nicht die juristische Möglichkeit haben, Dateneinsicht zu nehmen. Die gesetzliche Ungleichbehandlung von „Deutschen“ und MigrantInnen spricht Bände, Datenschutz existiert – wenn überhaupt – nur noch für Staatsdeutsche.

Das Gesetz, mit dem biometrische Merkmale in Personalausweisen eingeführt werden, lässt zwar noch auf sich warten, doch ist zu vermuten, dass im Rahmen einer EU-Visaregelung der von den USA vorgegebene Kurs einschlagen wird: Ab nächstem Jahr dürfen Reisende die USA nur noch mit biometrischen Visa betreten.

Fakt ist, dass durch die Aufnahme von biometrischen Merkmalen in Personaldokumente alle Menschen unter Missachtung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung wie sonst nur Tatverdächtige einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen werden. Es gibt keine allgemeine Unschuldsvermutung mehr, die Maßnahme gleicht einer Bankrotterklärung des Staates, bezüglich des Vertrauensverhältnisses zu seinen Angehörigen.

Harald Pittel, fzs-Antifa-Referat

:bsz konsumterror

Starker Star

Guckt doch neulich der irgendwie berühmte Fußballspieler Edson Arantes do Nascimento – wohl besser bekannt unter dem Namen Pelé – aus der Fernsehwerbung, steht dabei in der Umkleidekabine irgendeines Stadions und erzählt, was er und seine Kollegen sich seinerzeit dort erzählt haben, nur um am Ende zu erzählen, was seine Kollegen und er sich nicht erzählt haben: ihre Erektionsstörungen – denn „sowas ist unter Männern kein Thema“.

Nun, selber schuld, die Männer, denk' ich mir schnell, erstens für das, was sie über Zweckbestimmung und den Beweis der Funktionstüchtigkeit ihres Pimmels denken; zweitens für ihre Paranoia, ihr kleiner Freund könne ihnen umgehend abfallen, wenn andere außer ihnen selbst erfahren, dass er nicht mehr ständig so groß rauskommen will, der so wichtige kleine Freund.

Aber ganz so einfach ist es nicht, denn individuell kann das eine recht problematische Situation sein, und auch in der Beziehung zur jeweiligen Frau kann's dann ganz schöne Reibereien (nun, im Sinne von Streit) geben. Ganz schön schwierig für die betroffenen Männer – von denen es auf der Welt 140 Millionen Stück gibt, sagt Pelé – können sie doch vor ihren Kumpels damit keinesfalls rumprotzen und ihre Freundin müssen sie überzeugen, dass nicht sie, sondern mann selbst ein „Problem“ hat.

Sind die doof, denk' ich wieder, ein bisschen politische Bildung und sie könnten vielleicht etwas Abstand vom Glauben gewinnen, Vagina und Penis seien zum zusammenstöpseln gemacht und der Vollzug dieser Naturgegebenheit das Beste, was das Leben herbeige. Pelé interessiert das nicht, er weiß sowieso Besseres und Einfacheres: Die Männer mit den störrischen kleinen Freunden sollen sich nicht schämen und ihren Arzt um Rat fragen, der weiß Bescheid und wird's schon wieder (auf-)richten. Würde Pelé sofort tun, und wem sein guter Zuspruch noch nicht ausgereicht hat, möge sich doch bitte unter www.der-gesunde-mann.de hintergründiger informieren.

Derart neugierig gemacht, welche Wundermittel zur Reproduktion der heterosexistischen Geschlechterordnung feilgeboten werden, hab' ich gleich mal nachgesehen und war ein wenig enttäuscht: Der ganze Spuk ist lediglich eine PR-Kampagne – Verzeihung: „Initiative“ – des VIAGRA-Herstellers Pfizer. Immerhin gibt's schöne Diagramme, in welcher Altersgruppe welcher Anteil von Männern an der „Krankheit Erektile Dysfunktion“ – im weiteren für die derart Eingeweihten dort nur noch „ED“ genannt – leicht, mittelschwer und schwer leidet. Viele Ursachen kann sowas haben, Stress, Rauchen, zuviel Alk; vor allem aber können auch organische Defekte schuld sein. Und die werden ja am besten durchs Futtern teurer Pillen fortgeschafft. Da diese spezielle Pille am besten der Arzt verschreibt oder empfiehlt, sollen die „kranken“ Männer gefälligst auch dorthin gehen. Dazu zu motivieren ist Aufgabe des überaus ulkigen kleinen Online-Fragebogens, der je nach Testergebnis (der Beantwortung von Fragen wie „Wenn Sie versuchten, Geschlechtsverkehr zu haben, wie oft war er befriedigend für Sie?“) einen Arztbesuch empfiehlt. Um es kurz zu machen: Die Ergebnisse sind je nach ins Potenzrennen geschicktem Idealtypus vorhersehbar normal – beim potenten Stecher ist eh alles klar, beim Schlappschwanz mit dem schlappen Schwanz nicht, irgendwo dazwischen ist's ungewiss und wer ständig „Ich habe keinen Geschlechtsverkehr versucht“ anklickt

kann auch keine ED haben, denn zum Sex gehören, wie gesagt, mindestens (besser aber: genau) zwei Menschen.



:bsz impressum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>

Anzeige

- Mensa-Plan für die Woche vom 29. Mai bis 4. Juni -				
Unser Standard	Die „Grüne“ Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 29.5.				
Schweinegeschnetzeltes in einer Robertsauce, dazu Reis und ein Sommergemüse	Putenbrust im ganzen gebraten, dazu eine bunte Nudeln und Blumenkohl	Blumenkohl-Käse-Medaillon mit einer Tomatensauce, dazu Dampfkartoffeln und ein bunter Rohkost-Mix	Hühnerfleisch-Ragout in Champignonsauce, dazu Butterreis und ein Blumenkohl-gemüse	(S) Schweinegeschnetzeltes mit einer Paprikasauce, dazu Pommes frites und eine Salat-Beilage
DONNERSTAG, 30.5.				
Feiertag!	Feiertag!	Feiertag!	Feiertag!	Feiertag!
FREITAG, 31.5.				
(S) Hohlroulade mit Metzfüllung, dazu Bratensauce, Bratkartoffeln, Wirsing-Gemüse in Rahm	Seelachsfilet im Knuspermantel mit Tomatensauce, Spagghetti, Möhrenscheiben	Soja-Nuggets in Knusperpanade, mit Quark-Kräuter-Dip, dazu Baguette und Kappessalat	geschlossen	geschlossen
MONTAG, 3.6.				
(S) Linseneintopf mit Kartoffeln und frischem Wurzelgemüse, dazu eine Bockwurst	Putengulasch in einer Rahmsauce, dazu bunte Nudeln und ein Broccoligemüse	Pizza vegetarisch mit Spinat, dazu ein Eisbergsalat	Broccoli-Schinken-Nudel-Auflauf dazu eine Blattsalat-Beilage	Geflügelsteak, gebraten mit einer Champignon-Rahmsauce, dazu Butterreis und Erbsengemüse
DIENSTAG, 4.6.				
(S) Schweinefleischgulasch mit einer Rahmsauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Bohnen-Maisgemüse	Puten „Cordon bleu“ mit einer Geflügelsauce, dazu Macaroni und ein Salat	Bami-Medaillon mit einer Asiasauce, dazu Vollkornnudeln und ein Asia-gemüse	Rindergulasch in einer Paprikasauce, dazu Spaghetti-Nudeln und Rotatouille-Gemüse	(S) Gebratenes Schweinesteak mit Röstzwiebeln und Kräuter-Butter, Salatgarnitur